



## **„Familienleistungen trotz Finanzkrise verbessert“**

**Pressemitteilung zur FU-Bezirksvorstandssitzung mit der Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dorothee Bär.**

27.09.2010

Im Rahmen der Bezirksvorstandssitzung der Frauen-Union Unterfranken diskutierten die Damen mit Dorothee Bär, MdB, Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, über aktuelle familienpolitische Themen aus dem Deutschen Bundestag. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die familienpolitischen Themen, die der Bezirksvorstand der Frauen-Union Unterfranken erfolgreich in die Verhandlungen des Koalitionsvertrages eingespeist hatte, diskutiert. "Nachdem im letzten Jahr viele unserer Forderungen im Koalitionsvertrag Berücksichtigung fanden, kommen wir nun unseren Auftrag nach, zu prüfen, inwieweit die Regierung ihren Verpflichtungen aus dem Koalitionsvertrag nachkommt", so Weisgerber.

Teil "Die Bilanz von einem Jahr schwarz-gelber Familienpolitik ist sehr gut", so Dorothee Bär. Trotz der Finanzkrise wurden Leistungen für Familien verbessert. Für insgesamt 4,6 Mrd. Euro wurden Kindergeld und Kinderfreibetrag erhöht und die Zusage für die finanzielle Unterstützung für den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze aufrechterhalten. Die notwendigen Einsparungen bei unserem größten Haushaltsposten, dem Elterngeld, investieren wir an anderer Stelle für verbesserte Bildungs- und Teilhabechancen für Kinder aus Familien im SGB II-Bezug. Auf unserer Agenda stehen weiter: die Stärkung der Jugendfreiwilligendienste, die Arbeit an einem Kinderschutzgesetz, die Einführung eines Betreuungsgeldes und die Familienpflegezeit zur Vereinbarkeit der Pflege von Angehörigen mit den beruflichen Anforderungen", ergänzte Dorothee Bär.

Zum Abschluss Anja Weisgerber gab ihrer Kollegin im Bundestag mit auf den Weg, in Berlin weiter für die Forderungen der Frauen-Union in der Familienpolitik zu kämpfen. "Kinder sind unsere Zukunft! Eltern dürfen den Kinderwunsch nicht als "Entweder-Oder"-Entscheidung ansehen dürfen. Daher müssen wir die Rahmenbedingungen für die bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sorgen", so Weisgerber abschließend.